

In Einheit und Gleichheit? Sékou Touré, der PDG und die Unabhängigkeitswerdung Guineas

Katharina Wurzer¹

Abstract

Die Unabhängigkeitswerdung Guineas ist sowohl in der guineischen kollektiven Erinnerung als auch in der Betrachtung vieler Historiker*innen untrennbar mit Sékou Touré verbunden. Dabei wird die guineische Politik häufig als Top-Down-Prozess verstanden, bei dem Touré die Position vorgibt, während die »Masse« diesen von oben verordneten Maßgaben folgt. In diesem Beitrag werden Bruchlinien zwischen Touré und der »Masse des guineischen Volkes« in den 1950er Jahren aufgezeigt, die diesem Bild widersprechen. Diese Bruchlinien treten sowohl bei der Konzeptualisierung der »guineischen Nation« zutage als auch im Zusammenhang mit der Abschaffung der *Chefferie* und der Aushandlung der Position von Touré hinsichtlich des Referendums über die Unabhängigkeit Guineas im September 1958.

In Guinean collective memory and in the view of many historians Guinean independence is inextricably linked to Sékou Touré. In this context, Guinean politics is often understood as a top-down process in which Touré dictates the position while the »masses« follow. Based on a close-reading of Tourés

¹ Katharina Wurzer, Universität Wien. Kontakt: katharinawurzer@hotmail.com

Ich danke an dieser Stelle den Reviewern für ihre hilfreichen Korrekturen und Hinweise, Tanja Schüberl für ihre wertvolle Hilfe bei einigen Übersetzungen und Arno Sonderegger für seine nützlichen Kommentare und seine Geduld im Entstehungsprozess dieses Beitrags. Alle Übersetzungen aus dem Französischen sind meine.

writings, this paper identifies dissent between Touré and the »mass of the Guinean people« in the 1950s that contradicts this image. Dissent is emerging in the conceptualization of the »Guinean nation«, in the context of the abolition of the chefferie and in the negotiation of Touré's position regarding the referendum on Guinean independence in September 1958.

Die Bevölkerung Guineas stimmte am 28. September 1958 mit einem Nein gegen den Verfassungsentwurf von Frankreich und wählte damit Guinea als erstes Territorium Französisch-Westafrikas in die Unabhängigkeit. Wie in den anderen westafrikanischen Territorien auch, gab der Generalsekretär der führenden Partei des Landes eine Wahlempfehlung ab und mit Ausnahme von Niger „folgten“ die Menschen diesen Wahlempfehlungen (vgl. Foltz 1965: 94-95). Für Guinea rief Ahmed Sékou Touré, Generalsekretär des *Parti Démocratique de Guinée* (PDG), die Bevölkerung dazu auf, bei der Abstimmung zum Verfassungsentwurf mit Nein zu stimmen.

Ahmed Sékou Touré (1922–1984), auf dem Land als Sohn von Bauern aufgewachsen, verfügte über keine weitreichende Ausbildung. Er war ein politischer Autodidakt, der post-1945 seine Karriere als Gründer der guineischen *Confédération Générale du Travail* (CGT) begann, dem bedeutenden kommunistisch-assoziierten Gewerkschaftsverbund (vgl. Cooper 2019: 94). Im Jahr 1946 war er Gründungsmitglied des interterritorialen *Rassemblement Démocratique Africain* (RDA) und von dessen 1947 gegründeten guineischen Ableger – dem *Parti Démocratique de Guinée* (PDG) (Ansprenger 1961: 497). Im Jahr 1952 übernahm er die Führung des PDG, den er, in der Wahrnehmung vieler, inhaltlich und institutionell frei formte und zum Erfolg führte (vgl. Johnson 1970: 350-353). Der PDG konnte unter der Führung Tourés ab 1952 seine Stärke deutlich ausbauen und stellte 1957 die mit Abstand größte Partei, die über zwei Drittel der Sitze des guineischen Parlaments und über 70% Prozent der lokalen Ämter auf dem Land innehatte (vgl. Schmidt 2005: 175).

Vielfach wird darauf hingewiesen, dass Touré der überzeugungsstarke Mann Guineas war, der durch seine straffe, zentralistische Parteiorganisation und seine unerschütterliche panafrikanische und antikoloniale ideologische Ausrichtung die Guineer*innen in die

Unabhängigkeit geführt habe. Selbst als de Gaulle den Druck auf ihn verstärkte, stand er zu seiner Forderung der Unabhängigkeit, auch als alle anderen Politiker des französischen Afrikas diesem Druck nachgaben (vgl. Dave 2009: 457; Lewin 2009a: 17; Lewin 2009b: 125).

Zwar spielt das politische Talent Tourés auch eine Rolle für den Erfolg des PDG in den 1950er Jahren und für den Ausgang des Referendums 1958, jedoch ist die beschriebene Darstellung der guineischen politischen Landschaft verkürzend. Sie verengt den Blick auf Touré als omnipotenten Hauptakteur der Politik und verweigert anderen Akteuren und Konflikten zwischen ihnen in der Erzählung der Unabhängigkeitswerdung ihren Platz (vgl. Pauthier 2013: 32; Schmidt 2005). Die Erzählung von Sékou Touré als »Vater der guineischen Nation« wurde von Touré in den Jahren nach 1958 in Theaterstücken im ganzen Land wieder und wieder aufgeführt, in Schulbüchern festgeschrieben und dadurch massenwirksam verbreitet. Durch die Festschreibung dieser Erzählung und die forcierte Ausblendung alternativer Erzählungen der Unabhängigkeitsbewegung konnte Touré sich auch in den Jahren nach der Unabhängigkeit immer wieder auf die Einigkeit Guineas 1958 beziehen, die vermeintlich nur er herzustellen wusste und herbeigeführt hätte. Jene, die ab den frühen 1960er Jahren anderslautende Darstellungen gaben, erlitt die Anklage und der Vorwurf, die Einheit Guineas spalten zu wollen und Komplote zu schmieden (Pauthier 2013: 34-37).

Außerdem verengt die Erzählung von Touré als starkem Mann Guineas, der die Massen in die Unabhängigkeit führt, Politik darauf, ein Top-Down-Mechanismus zu sein, und generiert das irreführende Bild einer passiven Bevölkerung in blinder Gefolgschaft, einer rein reaktiven »Masse«. Die guineischen Arbeiter*innen, Bauern oder jungen Erwachsenen waren jedoch „not simply an ‚audience‘ for elite-inspired nationalism“ (Schmidt 2005: 3). Die hohe politische Durchdringung der Bevölkerung durch Gewerkschaften und später Parteien, vor allem durch den PDG bis ins kleinste Dorf, führte dazu, dass viele Menschen in Guinea in parteipolitischen Gremien (*comité de village*) aktiv waren und ihre politischen Vorstellungen dort lebhaft diskutierten. Diese Basis setzte sich häufig in einigen Punkten von der Linie der Parteispitze ab – und jene schwenkte mitunter auf die Position der Basis ein. Die politischen Umbruchprozesse, die zu Guineas Unabhängigkeit führten, können, wie Elizabeth Schmidt argumentiert, daher keineswegs darauf reduziert werden, dass „[...] the leaders called the shots and [...] the

political positions taken by high level nationalist leaders were mirrored in the views of their constituents.“ (Schmidt 2000: 96).

Schmidts Argument folgend arbeitet dieser Beitrag entlang von drei thematischen Achsen heraus, dass politische Prozesse in den Jahren vor der Unabhängigkeit keineswegs ohne Bruchstellen zwischen Touré und der Parteibasis verliefen – ganz entgegen Tourés Darstellung in seinen Schriften. Die dafür zugrunde gelegte Primärliteratur habe ich für diesen Zweck bewusst weitestgehend auf zwei von Tourés Publikationen beschränkt. Zum einen ziehe ich das Buch *Guinée. Prélude à l'Indépendance* (1958) heran, zum anderen sein *L'Expérience guinéenne et l'Unité africaine* (1959). Touré hat eine Vielzahl an weiteren Monographien, gesammelten Reden und PDG-Berichten herausgegeben. Allerdings scheinen mir die Veränderungen von Touré selbst (zunehmende Paranoia) und von Guinea in den 1960er Jahren (zunehmende totalitäre Ausrichtung) so gravierend zu sein (vgl. Kaké 1987), dass Publikationen aus diesen Jahren für diesen Beitrag von geringem Wert sind. Immer dann, wenn es mir passend – weil rückblickend aufschlussreich oder sehr grundsätzlich – schien, habe ich auch spätere Publikationen in die Arbeit inkludiert.

Der erste Abschnitt diskutiert wesentliche Bruchlinien zwischen Touré und der Parteibasis bezüglich der Konzeption der guineischen Nation. Daran anschließend behandle ich in einem zweiten Abschnitt die Hintergründe und Ursachen für die Gesetzesinitiative des guineischen Parlaments zur Abschaffung der lokalen kolonialen Verwaltung, der *Chefferie*. Schließlich stellt der dritte Abschnitt die Frage, welche Bedeutung die Parteibasis im Ringen um eine Position bezüglich des Referendums hatte, das Guinea den Weg in die Unabhängigkeit eröffnete, bevor ich zusammenfassend einzelne Schlussfolgerungen ziehe. Für den dritten Kernabschnitt sind weiterhin die Reden von Charles de Gaulle und Sékou Touré vor dem guineischen territorialen Parlament konstitutiv, die sowohl in Camaras *La Guinée sans la France* (1976) als auch in Tourés *L'Expérience Guinéenne* (1959) ident abgedruckt wurden.

Tourés Guinea der Masse und das Guinea der Massen

Mit der vorerst beschränkten Ausdehnung des Wahlrechts auf einige Bevölkerungsgruppen infolge der Konferenz von Brazzaville 1944 entstanden in Guinea Parteien, die zumeist jedoch über keine solide Basis

verfügten (vgl. Wallerstein 1965: 5).² Ähnlich wie in den anderen Territorien Französisch- Westafrikas wurden auch in Guinea Parteien oft entlang ethnischer und/oder linguistischer Merkmale organisiert, wie beispielsweise in der *Union de Manding* (vgl. Du Bois 1970: 186). Außerdem kamen interterritoriale Parteien auf, die in allen französischen Territorien Ableger hatten, wie in Guinea der *Bloc Africain (de Guinée)*. Diese Partei vertrat die Interessen von einflussreichen Händler*innen, hohen Beamten und den *chefs de village* (vgl. Kaba 1977: 26). Der *Parti Démocratique de Guinée* (PDG) entstand als guineischer Ableger der 1946 gegründeten interterritorialen Partei *Rassemblement Démocratique Africain* (RDA) und bestand anfänglich aus Angehörigen der städtischen Bildungseliten Guineas und höheren Beamten (vgl. Schmidt 2005: 2). In den ersten Jahren ihrer Existenz hatte die Partei keinerlei Durchsetzungskraft außerhalb ihres engen städtischen und elitären Zirkels (vgl. Du Bois 1970: 187). Außerdem kämpfte der PDG mit Repressionen durch den kolonialen Staat. Von der Gründung des RDA 1946 bis zum Jahr 1950 stand der RDA in sehr naher Verbindung zur kommunistischen Partei Frankreichs (*Parti Communiste Français*, PCF). Diese wurde allerdings im Jahre 1947 durch einen Rechtsruck in Frankreich aus der Regierung gedrängt (vgl. Schmidt 2007: 101).

Die Assoziation mit dem fortan oppositionellen PCF zog Repressionen in Französisch-(West)-Afrika nach sich. Im Jahr 1950 lösten der interterritoriale RDA und auch alle territorialen RDA-Ableger die Assoziation mit dem PCF auf (vgl. Ansprenger 1961: 129-130). Kolonial-staatliche Repressionen hörten allerdings nicht auf. So konnte der PDG etwa weiterhin keine Veranstaltungsräume mieten, seine Mitglieder wurden polizeilich überwacht und verfolgt; auch wurden Mitglieder, die im staatlichen Dienst tätig waren, in andere Gebiete versetzt (vgl. Camara 2014: 72; Schmidt 2007: 99-104). Der Bruch mit dem PCF brachte noch tiefere Spaltung in die Partei, da viele ihrer Mitglieder von den kommunistischen Ideen, welche der PCF vertrat, überzeugt waren und nach dem Bruch aus dem PDG austraten, um die »rechte« Linie des RDA nicht zu unterstützen (vgl. ebd.: 107-108). Während Touré und seine Parteispitze fortan jede engere Beziehung zum PCF ablehnten, bestand die enge Verbindung im Gewerkschaftssektor

² Michel Brot verweist darauf, dass sich schon 1938 ein Ableger der sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO) in Conakry gebildet hatte, der jedoch nur wenige Mitglieder umfasste und nach einigen Monaten wieder an Bedeutung verlor (vgl. Brot 1999: 189).

jedoch fort. Bis 1956 blieb der guineische Gewerkschaftsableger an die PCF-nahe Gewerkschaft CGT angegliedert (vgl. Cooper 1996: 414).

Nachdem Sékou Touré 1952 die Position des Generalsekretärs des PDG übernommen hatte, versuchte er die Partei auf integrativer Basis zu reorganisieren (vgl. Kaba 1977: 27). Erklärte Grundlage dieser integrativen Basis war die geteilte koloniale Erfahrung beziehungsweise der Widerstand gegen koloniale Strukturen. Der PDG diene diesem Widerstand, für Touré war er „eine breite afrikanische Emanzipationsbewegung des guten Willens auf Basis von Antikolonialismus und Fortschritt.“ (*„un vaste mouvement d'émancipation Africaine de bonne volonté sur la plate-forme de l'anti-colonialisme et du progrès“*, Touré 1959: 375).

Der Kampf gegen koloniale Strukturen beschränkte sich für Touré allerdings nicht auf die politischen und ökonomischen Verhältnisse in Guinea, sondern er musste seiner Auffassung nach mit der fundamentalen Anerkennung beginnen, dass es keinen Unterschied in Bezug auf Intelligenz oder Moral zwischen Afrikaner*innen und Europäer*innen gibt. Die einzigen Unterschiede, die bestehen und Relevanz besitzen, sind, so Touré, ökonomischer Natur und wurden durch das koloniale Streben nach Ressourcen und Profit verursacht (vgl. Touré 1962a: 145). Unabhängigkeit und Freiheit bedeuten daher vor allem, jene Komplexe abzuschütteln, „which led to our being branded as irresponsible and lacking in self-confidence“ (Touré 1962a: 146). Diese Anstrengungen, Touré nannte sie »Revolution«, sind von jedem und jeder zu leisten. Innerhalb der „Revolution“ könne jede*r Bürger*in eine nützliche Rolle finden und so zum „wahrhaften nationalen Interesse“ (*„véritable intérêt national“*) beitragen (Touré 1960: 35-36). Klassengegensätze innerhalb Guineas existierten für Touré nicht. Sie seien das Produkt der europäischen Industrialisierung, die den Antagonismus zwischen der kapitalistischen Klasse und der arbeitenden Masse hervorgebracht habe. Im Gegensatz dazu gebe es in Afrika diese Differenzierung nicht (vgl. Touré 1960: 375-376). In den Worten Tourés:

[...] wir lehnen das Prinzip des Klassenkampfes grundsätzlich ab, nicht so sehr aus philosophischer Überzeugung, als aus dem Wunsch heraus, die afrikanische Solidarität um jeden Preis zu retten, die allein zur Verwirklichung unseres Schicksals führen kann. (Touré 1960: 393)

[...] nous rejetons formellement le principe de la lutte des classes, moins par conviction philosophique que par volonté de sauver à tout prix la solidarité africaine, seule capable de nous conduire à la virtualité de notre destin [...].

Diese Solidarität als Grundprinzip der guineischen Gesellschaft zu proklamieren, verschleierte allerdings real bestehende Konflikte innerhalb der Gesellschaft. Auch wenn Touré beizupflichten ist, dass der koloniale Staat Strukturen geschaffen hat, die für Spaltungslinien in der Gesellschaft verantwortlich sind, bedeutet das nicht, dass diese Spaltungslinien mit der Unabhängigkeit ihre Wirkmächtigkeit verlieren (vgl. Andrain 1964: 161). Tourés Vorstellung eines inklusiven Guineas entsprach sowohl vor als auch nach der Unabhängigkeit nicht der Realität in Guinea und auch nicht dem politischen Alltagsleben der Parteibasis. Beispielsweise erwähnt Touré Frauen als zentralen Bestandteil der nationalistischen Bewegung und des PDG (vgl. Touré 1959:21). Die Repräsentation von Frauen in allen Gremien der Partei, vom *Comité de village* bis hin zum höchsten Gremium der *Conférence nationale*, war verpflichtend in den Statuten festgelegt (vgl. Du Bois 1970: 202). Dennoch wurde diese Vorgabe in lokalen Basissektionen vielerorts nicht erfüllt. Vor allem in ländlichen Gegenden und besonders im Futa Jallon wurde die aktive Rolle von Frauen in der Politik massiv infrage gestellt und teilweise recht offenkundig unterminiert (vgl. Schmidt 2005: 145).

Für Touré ist aber nicht nur die Integration von Frauen in die Strukturen der Partei von großer Bedeutung für den antikolonialen Kampf, sondern in den ersten Jahren auch die Allianz zwischen der Partei und der Gewerkschaftsbewegung. Diese enge Verbindung von Gewerkschaft und Partei spiegelt sich auch in Tourés Biografie wider. So machte er seine ersten politischen Schritte in der gewerkschaftlichen Arbeit des *Syndicat des Postes, Télégraphes et Téléphones* und wurde 1946 Generalsekretär des guineischen Ablegers der CGT (vgl. Camara 2014: 77). Als Gewerkschafter – Cooper nennt ihn einen „CGT stalwart“ – stellte er in glühenden Reden damals radikal anmutende Forderungen nach Lohnerhöhungen für afrikanische Arbeiter*innen, Zulagen für Familien und die Einführung des *Code du Travail* (Cooper 1996: 311). Bis in die Mitte der 1950er Jahre verfolgte Touré die Werte der internationalistisch ausgerichteten CGT, die eine weltweite Arbeiter*innenbewegung vorantreiben wollte (Cooper 1996: 286; 311). Dass Sékou Touré sowohl die Position des Generalsekretärs der Partei

als auch der Gewerkschaft bekleidete, verdeutlicht, dass zwischen 1947 und 1954 die Partei und die Gewerkschaften des Landes "two divisions in the same army" waren (Berg/ Butler 1970: 342).

Die Verbindung zwischen dem anfänglich noch nicht weit verbreiteten PDG und der CGT beziehungsweise ihrem guineischen Ableger ermöglichte der Partei Zugang zu Fördergeldern, politischer Expertise und Reisezuschüssen – kurz: ein Netzwerk für die politische Arbeit (Schachter Morgenthau 1964: 227).

Vor allem der 67 Tage andauernde Streik zwischen September und November 1953, durch den Touré seine Forderung nach Lohnerhöhungen durchsetzen konnte, ist ein Beispiel für die gegenseitig fruchtbare Zusammenarbeit der Organisationen (vgl. Cooper 2019: 94). Für die Gewerkschaft war die parlamentarische Plattform, die Touré als Abgeordneter in Paris bespielen konnte, um die Forderungen durchzusetzen, interessant, und für die Partei schlug sich die Unterstützung der Gewerkschaften in einem massiven Mitgliederansturm nach der Durchsetzung der Lohnerhöhung nieder (vgl. Schmidt 2005: 78-80; Camara 2014: 79).

Gleichzeitig kritisierten Teile der Gewerkschaften in den Jahren unmittelbar vor der Unabhängigkeit eine zunehmende Unterordnung der Gewerkschaftsbewegung unter die Strukturen der Partei (vgl. Schmidt 2007: 117). Je größer die Machtfülle Tourés innerhalb des kolonial-konstitutionellen Rahmens wurde, desto weniger stand er für die gewerkschaftlichen Forderungen ein, die ihn während des Streiks 1953 seinen Job gekostet hatten (Schachter Morgenthau 1964: 229). Einige Monate vor Guineas Unabhängigkeit sprach sich Touré, der für viele Menschen in ganz Französisch-Westafrika ein Held des Streiks von 1953 war, gegen einen Streik der Eisenbahner*innen aus: Dieser Protest richte sich nicht gegen das koloniale Establishment, sondern gegen eine afrikanische Regierung und sei daher abzulehnen (vgl. Cooper 1996: 418).

Die wohl gefährlichste Spaltungslinie verlief entlang politischer Gegner*innenschaft, die nicht selten mit ethnischer Zugehörigkeit korrelierte. Tourés integrativer Einschluss aller in die guineische Nation und damit für ihn auch in die Partei, führte im Umkehrschluss dazu, dass all jene, die nicht Teil der Bewegung waren, als mit dem kolonialen System sympathisierend und als Teil des kolonialen Regimes wahrgenommen wurden (vgl. Touré 1962b: 147). Oftmals war die politische (ab 1956 ohnehin

marginale) Opposition nach ethnischer Zugehörigkeit organisiert; die Anhänger*innen einer Partei wie des *Bloc Africain de Guinée* (BAG) gehörten häufig mehrheitlich einer Ethnie an (Kaké 1987: 55). Wohlhabende Fulbe im Futa Jallon waren zum Beispiel oft innerhalb des BAG organisiert. Obwohl sich Widerstand gegen sie als Fulbe richtete, lag der Ursprung dieses Widerstandes eigentlich in unterschiedlichen politischen Interessen, die auf unterschiedlichen sozioökonomischen Verhältnissen beruhten, auch wenn in der Debatte der PDG-Basis oft nur ihre ethnische Zugehörigkeit diskutiert wurde (vgl. Schmidt 2005: 142-146).

Touré und die Führungsspitze des PDG bemühten sich gegen politische Gewalt aufzutreten, indem sie die Kandidat*innenlisten so gestalteten, dass die Spitzenkandidat*innen des PDG Menschen unterschiedlicher Ethnien aus unterschiedlichen Regionen waren (vgl. Suret-Canale 1970: 163). Dennoch kam es in den Jahren zwischen 1955 und 1958 immer wieder zu schweren Ausbrüchen politischer Gewalt, wie beispielsweise nach den Parlamentswahlen 1956, als „unruly mobs engaged in an orgy of violence“, wobei sieben Menschen, hauptsächlich Anhänger*innen der Oppositionsparteien, getötet wurden (Schmidt 2005: 165). In Reaktion auf diese Vorfälle löste die Spitze des PDG all ihre ethnischen Teilorganisationen auf und richtete einen Fonds für die Opfer und deren Familien ein (vgl. Schmidt 2005: 165-166). Das konnte jedoch kaum die explosive Situation in Guinea entschärfen; Kaké beschreibt einen dauerhaften Kreislauf aus Wahlkampf-Repression-Terror, der von PDG-Kommandos vorangetrieben wurde (vgl. Kaké 1987: 56). Neben tätlichen Übergriffen auf politisch Andersdenkende kam es vielfach zur Ausübung von politischem Druck, so wurden Nicht-Mitglieder öffentlich gedemütigt oder auch dazu genötigt, eine Parteimitgliedschaft zu kaufen (vgl. Camara 1976: 120-124). Wie allumfassend der Druck sein konnte, vor allem innerhalb einer Dorfgemeinschaft, zeigt die folgende Aussage eines Pullo (Singular von Fulbe) im Futa Jallon, der kein Parteimitglied war:

In den Dörfern der Fulbe müssen inzwischen alle Männer [...] einem RDA-Verein oder einer RDA-Organisation angehören. Wenn du dich weigerst, bist du allein, wenn du deine Freunde treffen willst; du bist allein, wenn du eine Taufe feiern willst, [...], deine Eltern und Freunde begrüßen dich kaum noch. (zit. nach Camara 1976: 125)

Maintenant dans les villages Foulla, tous les hommes [...] doivent faire partie d'une société ou d'une ligue RDA. Si tu refuses, quand tu veux faire une réunion de tes amis, tu es seul; quand tu veux célébrer un baptême, tu es seul [...], c'est à peine si tes parents et tes amis te disent bonjour.

Tourés Konzeption eines inklusiven Guineas, dessen gesamtes Volk für das gemeinsame Interesse kämpft, blendete die vielfachen, oft gewaltvollen Zusammenstöße zwischen PDG-Anhänger*innen und politischen Gegner*innen aus. Darüber hinaus verschleierte Touré in seinen theoretischen Überlegungen zur guineischen Nation innergesellschaftliche Brüche, indem er sie auf koloniale, ausschließlich von außen an die Gesellschaft herangetragene Spaltungslinien reduzierte. Dass diese kolonial geschaffenen Realitäten – entstanden als »Ko-Kreationen« ungleich mächtiger Akteure (Herrschende und Beherrschte, Franzosen und Afrikaner*innen) – mit der Zeit die Gesellschaft in Guinea tiefgreifend verändert hatten, zeigen die Ausbrüche politischer Gewalt. „While the party's top echelons promoted the ideology of inclusive nationalism, the reality of regionalism, ethnic chauvinism, and class bias remained strong at the grassroots.“ (Schmidt 2005: 145). Derartige »tribalistische« Verhältnisse, die Wurzeln geschlagen hatten, gleichgültig wie sehr »die koloniale Situation« dazu beigetragen hatte (vgl. Balandier 1951; Chabal 2009), ließen sich nicht einfach dadurch zum Verschwinden bringen, dass man die Einheit Guineas beschwor und als Gegebenheit behandelte.

Die Abschaffung der *Chefferie* als *Démocratie intégrale*?

Touré machte deutlich, dass innerhalb des PDG Platz für alle Guineer*innen sei, die sich dem antikolonialen Kampf anschließen wollten. Zwischen 1954 und 1957 drückte sich dieser antikoloniale Kampf allerdings nicht durch radikale Forderungen an die koloniale Herrschaft aus, sondern richtete sich mehr und mehr gegen die Art und Weise, wie der koloniale Staat auf den unteren Ebenen verwaltet wurde. Die *Chefferie*, die Verwaltung durch Afrikaner auf der Gemeinde- und Bezirksebene (vgl. Simonis 2009: 86), wurde von Touré vehement als „alte Organisation des Feudalismus“ („*ancienne organisation féodale*“) kritisiert, die den Willen des kolonialen Staates vor allem auf dem Land durchsetzt (Touré 1958: 24). Mit einem Dekret vom 31. Dezember 1957 beschloss das guineische Parlament, das

durch die *Loi Cadre* mit interner Selbstverwaltung ausgestattet worden war (vgl. De Benoist 1983: 301-302), die Abschaffung der Institution der *Chefferie* und deren Ersatz durch demokratisch gewählte Dorf- bzw. Stadträte (*Conseil de village* bzw. *Conseil de quartier*) (vgl. Suret-Canale 1970: 166-167). Für Touré war das Ende der *Chefferie* der größtmögliche Erfolg des PDG innerhalb des gesetzlichen Rahmens der *Loi Cadre*. Die Partei „[...] verstand es, das Maximum aus der *Loi Cadre* herauszuholen, um die Auflösung der oppressiven Strukturen durchzusetzen.“ („[...] *a su tirer de la Loi Cadre le maximum pour opérer la liquidation des structures d'oppression*“, Touré 1958: 171).

Touré und der PDG trieben die Abschaffung im territorialen Parlament voran. Allerdings war das Engagement gegen die *Chefferie* nichts, das im politischen Büro in Conakry vorgebracht wurde, sondern folgte, mit einiger Verspätung, dem aktiven und passiven Widerstand, den die Bevölkerung seit Jahren gegen die *Chefs* leistete (vgl. Suret-Canale 1970: 164). Große, vor allem ländliche Teile der Bevölkerung setzten die *Chefferie* mit dem verlängerten Arm des kolonialen Staates gleich. Den von Franzosen eingesetzten *Chefs* und ihren Handlangern kam es zu, Steuern und Abgaben einzutreiben sowie, entsprechend den Bedürfnissen und gesetzten Quoten der Kolonialverwaltung, Afrikaner*innen zu Arbeitsdiensten zu verpflichten (vgl. Crowder 1976: 187-194; Brot 1999: 193). Seit 1897 mussten alle „sujets“ der französischen Gebiete, die älter als 18 Jahre waren, eine Steuerabgabe bezahlen, die „ihre“ koloniale Administration finanzierte. Konnte diese Steuer anfänglich noch in Naturalien bezahlt werden, musste sie später in Form von Geld und unbezahlter Arbeit geleistet werden (vgl. Schmidt 2005: 92, Shipway 1999: 139). Zusätzlich zu dieser Abgabe kamen im Lauf des 20. Jahrhunderts allerdings noch viele (steuerliche) Belastungen für die guineische Bevölkerung hinzu.

Besonders während des Zweiten Weltkrieges verstärkten sich diese Belastungen neuerlich: Nun wurden junge Männer in die französische Armee eingezogen, und die Menschen in Guinea wurden zur Produktion von kriegswichtigen Gütern verpflichtet (Erdnüsse, Sesam und Rizinus zur Ölproduktion, Gummi), weshalb dringend benötigte Lebensmittel nicht ausreichend angebaut werden konnten (vgl. Schmidt 2005: 23-25; Camara 2014: 64).

Durch den Mangel an metropolitanem Personal in den Kolonien während des Zweiten Weltkriegs erhöhte sich die Machtbasis der Chefs innerhalb der ihnen von der Metropole zugewiesenen Rolle (vgl. Genova 2004: 57). Die Folgen waren ein Anstieg der steuerlichen Belastung durch Abgaben auf immer neue Güter und Lizenzen – von Pferden über Kolanüsse bis hin zu Lizenzen für die Jagd – sowie ein Anstieg der Fälle von *Chefs*, die sich an diesen Abgaben persönlich bereicherten. So wurden Listen beispielsweise nicht um Todesfälle ergänzt, um die Steuerabgaben eines Dorfes hoch zu halten und gleichzeitig ein Surplus für die eigene Tasche zu schaffen (vgl. Schmidt 2005: 92-102). Der *Commandant de Cercle* von Boké hielt 1957 zum Beispiel fest, dass die *Chefs* dieses Bezirks „für absolut nichts mehr stehen, und in Erscheinung treten sie nur an jenem Tag, an dem sie zur Kasse gehen, um ihren Anteil abzuholen.“ („*ne représentent absolument plus rien, et ils n’existent que le jour où ils doivent passer à la caisse pour toucher leur solde*“, zitiert in Touré 1958: 38).

Die Konferenz von Brazzaville 1944 sah zwar das Ende von Zwangsarbeit in den *Territoires d’outre-mer* nach weiteren fünf Jahren vor und die *Loi Houphouët-Boigny* beschleunigte diese Entwicklung sogar um drei Jahre (vgl. Cooper 2002: 40-41), jedoch war der Arbeitsdienst, zu dem die Chefs willkürlich verpflichten konnten, in keinem dieser Gesetze inkludiert. Obwohl Formen der Zwangsarbeit rechtlich gedeckt waren, verweigerten Menschen in Guinea diesen Dienst, Frauen etwa, indem sie sich weigerten, auf den Feldern des *Chefs* zu arbeiten, und Männer häufig, indem sie der Zwangsarbeit durch Abwanderung in benachbarte Kolonien entgingen, wo sie sich zur Lohnarbeit verpflichten konnten (vgl. Schmidt 2005: 101).

Der PDG ermutigte Menschen zwar zum Widerstand, sprang aber eher auf den Zug des bereits etablierten Widerstands von Unten gegen die *Chefs* auf, als dass er ihn ausgelöst hätte oder aktiv vorantrieb. Die verbale Opposition des PDG und Tourés gegen die *Chefferie* erhärtete sich besonders nach den Wahlen 1954, wurde dann zu offenem Widerstand gegen die koloniale Administration erweitert und führte zu den schlussendlich erfolgreichen Bemühungen, die *Chefferie* abzuschaffen. Obwohl der PDG und damit auch Sékou Touré bei den Wahlen 1954 die Mehrheit der Stimmen hinter sich vereinigen konnte, wurde der von der kolonialen Administration bevorzugte Gegenkandidat Barry Diawadou zum Gewinner erklärt. Viele PDG-Anhänger*innen erlebten dies als repressive Willkürentscheidung, und der Unmut darüber führte beim PDG zu einem „unaufhaltsamen

Schwung“ („*élan irrésistible*“), der viele lokale Parteisektionen hervorbrachte und damit den Einfluss der Partei am Land ausbaute (Suret-Canale 1970: 160). Viele PDG-Mitglieder berichteten, dass *Chefs* PDG-Mitglieder davon abgehalten hatten, sich für die Wahl zu registrieren, ihnen Wahlzettel verweigerten, sie einschüchterten oder ihre Namen wegen aufwiegelnden Verhaltens an die Polizei weitergaben. Vielerorts äußerte sich dieser Unmut der PDG-Mitglieder gegen die *Chefferie* in den folgenden Jahren sogar in Übergriffen auf die *Chefs*, deren Familien und deren Eigentum (vgl. Schmidt 2005: 104-109).

Als der PDG nach den ersten Wahlen unter dem allgemeinen Wahlrecht 1956 die absolute Mehrheit im territorialen Parlament innehatte und Touré Regierungschef der semi-autonomen Regierung geworden war, begann der PDG die Abschaffung der *Chefferie* rechtlich durchzusetzen. Obwohl Touré die Reform als Meilenstein gegen das oppressive koloniale System verkaufte, war der Widerstand der kolonialen Verwaltung gegen diese Reform sehr gering (vgl. Suret-Canale 1970: 164; Ansprenger 1961: 293-294). Die Abschaffung der *Chefferie* wurde sogar im Einvernehmen mit der kolonialen Administration beschlossen und davor bei einer Konferenz mit den *Commandants de Cercle*, jenen Beamten, die die Arbeit der *Chefs* überwachen sollten, debattiert. Besagte Konferenz zur Zukunft der *Chefferie*, an welcher die *Commandants de Cercle*, die Regierung und der Gouverneur teilnahmen, fand vom 25. bis zum 27. Juli 1957 statt.³ Gouverneur Ramadier sagte dort ohne viel Aufhebens: „[...] wir alle wissen, dass die *Chefferie* ihre Funktion nicht weiter erfüllt [...]“ („[...] nous savons tous que la *Chefferie* a terminé son rôle [...]“, zitiert in Touré 1958: 22).

Ein *Commandant de Cercle* hielt sogar fest, dass die *Chefs* in seinen Cantons von der Bevölkerung bereits boykottiert würden und dass die Abgaben nicht mehr an sie abgeführt würden: „Die Bevölkerung hat unsere Entscheidung nicht abgewartet, um die Institution der *Chefs* abzulehnen.“ („*La population n’a pas attendu notre décision pour rejeter l’institution des chefs*“, zitiert in Touré 1958: 38) Die *Commandants de Cercle* nutzten besonders den ersten Tag der Konferenz am 25. Juli 1957 dazu, über die Leistungen

³ Die gesamten Beiträge dieser Konferenz sind meinem Wissen nach nur in Tourés *Guinée: Prélude à l’Indépendance* veröffentlicht worden (Touré 1958). Das gesamte Buch besteht ausschließlich aus Dokumenten. Der erste Teil enthält das gesamte Protokoll der Konferenz der *Commandants de Cercle*, der zweite Teil besteht aus Dokumenten und Reden zur Unabhängigkeit.

einzelner *Chefs* zu diskutieren. Sékou Touré brachte wiederholt ein, dass es nicht um einzelne Personen gehe, sondern um die Institution der *Chefferie* an sich, die abzulehnen sei. Er begründete diese Ablehnung mit dem demokratischen Bewusstsein, das die Bevölkerung Guineas entwickelt habe. Durch den neuen rechtlichen Rahmen der *Loi Cadre* verfügten alle Bürger*innen über ein Mitspracherecht für höhere Ebenen der Politik (die *Assemblée nationale* in Paris und das territoriale Parlament in Conakry), diese wählbare „Superstruktur [...] steht im Widerspruch zum bäuerlichen Leben.“ („*superstructure [...] est en contradiction avec la vie paysanne*“, Touré 1958: 24-25) Auch auf dieser unteren Ebene der Politik sollte es nun demokratische Beteiligung der Bevölkerung geben, die dem Alltag und dem demokratischen Bewusstsein der Bevölkerung entspricht. Keinen Zweifel ließ Touré daran aufkommen, dass Parteien für ihn zentral wären, um diese demokratische Beteiligung umzusetzen:

[...] diese alte Organisation [die *Chefferie*] ist durch das Wirken verschiedener politischer Parteien der neuen Realität gewichen, dass Bauern jetzt auf der Grundlage ihrer politischen Parteien organisiert sind. (Touré 1958: 24)

[...] *cette ancienne organisation [Chefferie] a, en raison de l'action de différents partis politiques, cédé la place à de nouvelles réalités à savoir que les paysans sont désormais groupés sur la base de leur parti politique.*

In den Unterlagen zu den Debatten finden sich nur wenige Spuren von Widerstand gegen Tourés Vorschlag eines direkt gewählten *Conseil de village*. Der *Commandant de Cercle* von Dinguirayé erhob etwa den Einspruch, dass in seinem Bezirk die *Chefferie* eine angesehene Institution sei, da zum einen der *Chef de village* der Enkel von El Hadj Omar Tall war und zum zweiten die ganze Gemeinde einen ideellen Wert aus der Führung durch diese Person ziehe. Außerdem wies der *Commandant de Cercle* von Youkounkoun darauf hin, dass, bei Abschaffung der *Chefferie*, in seinem Bezirk Gewaltausbrüche zwischen Menschen verschiedener Ethnien zu erwarten wären (vgl. Touré 1958: 42-46). Viele *Commandants de Cercle*, die sich an der Verwaltungspraxis allein ausrichten wollten, akzeptierten die Vorgabe einer Auflösung der *Chefferie* jedoch umstandslos. Ihnen ging es vielmehr um die konkrete Umsetzung der Reform. Mehrfach wurde betont, dass die Reform eines geregelten Überganges bedürfe, damit die

Verwaltung der *Cantons* uneingeschränkt fortgesetzt werden könne. Besonders die *Commandants de Cercle* von Beyla und von Kankan forderten, im Gegensatz zur Position Tourés, dass die erste Wahl der Dorfräte stattfinden solle, während die *Chefs* noch im Amt wären (vgl. Touré 1958: 31-34).

Touré sah die Partei(en) als Nachfolger der *Chefferie* an. Wahlen, die angesetzt würden, während die *Chefs* noch im Amt sind, würden, ähnlich wie bei der Wahl 1954, zu einer Verzerrung der Listen führen. Sie würden, so seine Argumentation, „den repräsentativen Charakter der Conseils verfälschen.“ („*fausser le caractère représentatif des Conseils*“, Touré 1958: 35) Die Gesellschaft werde durch diese Reform auf allen Ebenen, bis hin zum Dorf als „homogene, soziale Basis“ demokratisiert (ebd.: 26). Resultat sei, wie er es zwei Jahre später ausdrücken sollte, eine „*démocratie intégrale*“, die alle Ebenen, aber auch alle Guineer*innen einbezieht (Touré 1960: 35). Diese umfängliche Demokratisierung sei aber nur möglich, wenn es keine Manipulationen durch noch im Amt befindliche *Chefs* geben würde.

Touré setzte sich mit seiner Forderung durch, und die Wahl der lokalen Vertretungen aller Orte (*conseil de village*) und Bezirke (*conseil de circonscription*) wurde erstmals im Mai 1958 abgehalten (Camara 2014: 94; Suret-Canale 1970: 166). Diese lokalen Wahlen nach allgemeinem Wahlrecht schienen die Möglichkeiten für Guineer*innen, an der gesellschaftlichen Entwicklung politisch aktiv teilzunehmen, zu erweitern. Allerdings wurde diese „*Démocratie intégrale*“ durch mehrere Faktoren eingeschränkt. Angriffe auf Nicht-PDG-Mitglieder, die sich weigerten, der Partei beizutreten und sich kritisch über sie äußerten, schränkten deren Wahlfreiheit bei der Wahl dieser Dorfräte ein oder hielten sie davon ab, selbst Teil des Dorfrates zu werden (Kaké 1987: 60).

Die Kandidat*innen des PDG erlangten bei den Lokalwahlen im Mai 1958 87,8% aller abgegebenen Stimmen, in vielen Bezirken sogar weit über 90% (Camara 2014: 94-95). Die daraus resultierende Beschickung der Gremien führte dazu, dass die Partei nicht nur Teil der Verwaltung auf allen Ebenen des Landes war, sondern die Partei (fast) gänzlich diese Gremien beschicken konnte (Ansprenger 1961: 295). Das Fehlen einer signifikanten parteipolitischen Opposition gegen den PDG im ländlichen Guinea (Kaké 1987: 60) führte zu einer de facto Aneignung dieser staatlichen Gremien durch den PDG. Diese Verschmelzung von staatlichem Verwaltungsgremium und Partei hatte zur Folge, dass die

Interessensorganisation eines Teils der Bevölkerung (PDG) durch Beschlüsse in einem staatlichen Verwaltungsgremium quasi uneingeschränkt Macht auf Menschen ausüben konnte, die keine Mitglieder dieser Interessensorganisation waren, ohne durch andere Interessensorganisationen (Parteien) reguliert oder kontrolliert zu werden. Die Partei kam nicht innerhalb der institutionellen Strukturen an demokratisch legitimierte Macht, sondern die Partei okkupierte sie fast zur Gänze. Damit war sie nun nicht mehr nur Interessensvertretung eines Teils der Bevölkerung, sondern in gewisser Weise die institutionelle politische Struktur Guineas schlechthin.

Vom semi-autonomen nationalen Parlament bis zu den im Mai 1958 erstmals gewählten *Conseils de village* stellte der PDG nun die überwältigende Anzahl der Politiker*innen. Nach der Unabhängigkeit erklärte die PDG-Regierung Guinea auch rechtlich zu einem Einparteienstaat, andere Parteien wurden verboten (Camara 2014: 112). Der Grundstein für den Einparteienstaat wurde aber schon in den Jahren vor der Unabhängigkeit gelegt, in denen der PDG die Möglichkeit nutzte, große Teile der politischen Institutionen durch Wahlen zu beschicken. Du Bois bezeichnet diese Überlappung von Partei und Regierung als „duality of political power“, die durch keinerlei Opposition herausgefordert wird oder, im herrschenden Rahmen, herausgefordert werden kann (Du Bois 1970: 206). Gouverneur Ramadier sprach diese Tatsache bei der Konferenz im Juli 1957 an, indem er auf die Politisierung der Verwaltung verwies, die seiner Vorstellung von administrativer Neutralität zuwiderlief (vgl. Touré 1958: 62). Für Touré war die Trennung von politischer Macht zwischen dem Staat und der Partei jedoch nicht nur wenig nachvollziehbar, sondern, angesichts der guineischen Verhältnisse, wie er sie zeichnete, auch nicht umsetzbar, da alle Guineer*innen Teil des revolutionären, demokratischen Projektes waren und administrative Neutralität gar nicht möglich war:

Die Formel der administrativen Neutralität ist richtig, wenn sie bedeutet, alle Administrierten gleich zu behandeln; aber es gibt keinen Menschen in einer Demokratie, der sich nicht einbringt; er bringt sich beim Aufbau einer Gemeinschaft ein, deren Grundsätze er kennt und bei denen er keine Kompromisse eingehen würde. In diesem Sinne muss man verstehen, dass der Administrator eine politische Rolle zu spielen hat. (Touré 1958: 63)

La formule de neutralité administrative est juste quand elle veut dire traiter d'une manière égale tous les administrés; mais il n'y a pas d'hommes dans une démocratie qui ne soit engagé; il est engagé dans la voie de la construction d'une Communauté dont il connaît les principes et avec lesquels il ne saurait transiger. Dans ce sens, il faut comprendre que l'Administrateur a un rôle politique à jouer [...].

Touré imaginierte die guineische Gemeinschaft ohne innere Spaltungslinien und mit einem gemeinsamen Interesse ausgestattet. Deshalb würde jegliche Trennung der parteipolitischen und staatlichen Macht nur die Arbeit am gemeinsamen Wohl behindern. Obwohl die Spitze des PDG anfänglich den Protest der Bevölkerung gegen die Chefs aufgenommen und innerhalb der demokratischen Strukturen des Parlaments verhandelt hatte, führte dies nur zu einem scheinbaren Ausbau demokratischer Beteiligung. Eine demokratische Wahl wurde durch den repressiven Parteiapparat entlang der Basis und durch die Aneignung des staatlichen Gremiums durch die Partei verhindert. Die von Touré vorangetriebene Abschaffung der *Chefferie* und die Einführung der demokratisch gewählten Dorfräte führte zu einer enormen politischen Machtfülle der Partei und Tourés, da die Grenzen zwischen staatlicher und parteipolitischer Macht in den fast ausschließlich durch den PDG beschickten Gremien verschwammen (vgl. Du Bois 1970: 105-106).

Das Referendum 1958 – Unabhängigkeit durch die Partei

Mit dem Nein Guineas im Referendum zum Verfassungsentwurf zur 5. Republik Frankreichs vom September 1958 erlangte Guinea seine Unabhängigkeit. Während die anderen französischen Territorien⁴ den Verfassungsentwurf mit überragender Zustimmung (zwischen 97-99%) annahmen (vgl. Foltz 1965: 95), lehnte Guinea den Verfassungsentwurf mit über 60% ab (in Wahlkreisen wie Faranah, Guéckédougou oder Youkounkoun gab es keine bzw. nur eine Ja-Stimme, die jeweils mindestens 20 000 Nein-Stimmen gegenüberstand (vgl. Camara 1976: 269).

⁴ In Niger war zwar ebenfalls die Mehrheit der abgegebenen Stimmen für den Verfassungsentwurf, allerdings lag die Zustimmung bei sehr geringer Wahlbeteiligung unter 80% (vgl. Foltz 1965: 95).

Sékou Touré hatte kurz vor dem Referendum dazu aufgerufen, mit Nein zu stimmen, weshalb Du Bois ihn als „enfant terrible of French-African relations“ bezeichnet (Du Bois 1970: 193). Camara schreibt Touré sogar zu, dass er de Gaulle absichtlich mit seiner Rede vor dem guineischen Parlament provozierte, damit dieser die Beziehungen zu Guinea beende (vgl. Camara 1976: 89). Auch Touré selbst produzierte bzw. verstärkte durch die Veröffentlichung seiner Reden das Bild seiner Person als Fels des antikolonialen Widerstandes, der dem Druck Frankreichs widerstand und seine Werte sowie jene des guineischen Volkes konsequent vertreten habe: „Wir überlegen nicht eine Sekunde zwischen dem Genuss des Rechts auf Unabhängigkeit und der Option eines kaum modernen Kolonialismus.“ („*Pour notre part, il n’y a pas à réfléchir une seule seconde entre la jouissance de droit à l’indépendance et l’option pour un colonialisme à peine moderne*“, Touré 1959: 178).

Touré war aber lange zwischen einem interterritorialen RDA unter Houphouët-Boigny, der sich für den Verfassungsentwurf einsetzte, und linken Teilen der Partei gefangen gewesen, die sich für ein Nein und damit für die sofortige Unabhängigkeit aussprachen (vgl. Schmidt 2005: 183). Selbst die kleinen Oppositionsparteien traten für die Unabhängigkeit Guineas ein und wollten Touré damit von links überholen, um dessen (ebenfalls linksorientierte) Parteibasis abzuholen und an sich zu binden (vgl. Camara 1976: 96).

Unbestritten ist, dass Touré den Verfassungsentwurf zur Communauté stark kritisierte. Für ihn setzte der Entwurf die koloniale Politik der Balkanisierung der westafrikanischen Territorien und eine Zerstückelung („*morcellement*“) der westafrikanischen Einheit fort, die schon der *Loi Cadre* immanent war (vgl. Touré 1959: 168-169). Das politische System Französisch-Westafrikas war ein Mehrebenensystem, das im Laufe der 1950er Jahre durch mehrere Verfassungsänderungen die territoriale Ebene mit immer mehr Befugnissen ausstattete. Mit der schrittweisen Ausweitung des Wahlrechts konnten immer mehr Afrikaner*innen an parlamentarischen Prozessen auf drei Ebenen teilhaben. Afrikaner*innen konnten Abgeordnete in das metropolitane Parlament (*Assemblée nationale*) entsenden. Französisch-Westafrika war darüber hinaus durch einen föderalen Rat (*Assemblée de l’Union Française*) aus Abgeordneten aller französisch-westafrikanischen Territorien vertreten. Diese föderale Versammlung verfügte allerdings über keine Regierung und konnte daher keine Gesetze

voranbringen (Cooper 2009: 100-101). Die 1956 erlassene *Loi Cadre* machte die einzelnen Territorien Französisch-Westafrikas zur zentralen politischen Ebene. Jedes territoriale Parlament wurde mit einer legislativen Vollmacht für interne Belange ausgestattet. Dies umfasste Bereiche der Landwirtschaft, Gesundheitspolitik oder die Administration (vgl. Crowder 1967: 66). Frankreich behielt sich das Recht auf die Steuerung der außenpolitischen Belange und der Verteidigung vor, jedoch fielen die Erstellung des Budgets und die Einhebung von Steuern den gestärkten territorialen Parlamenten zu (vgl. Cooper 2002: 77).

Die *Loi Cadre* wurde in Französisch-Westafrika, auch von Touré, kritisch diskutiert, besonders in Bezug auf diese Territorialisierung von politischer Macht. Während die einzelnen Territorien jedes für sich mit Kompetenzen zur lokalen Selbstregierung ausgestattet wurden, wurde die föderale Ebene ohne politische Gestaltungsmacht geschwächt (vgl. Cooper 1996: 426). Weiters kritisierte Touré die Tatsache, dass die mit dem Verfassungsentwurf neu geschaffene *Communauté française* integraler, aber untergeordneter Bestandteil der französischen Republik sein sollte, weshalb afrikanische Politiker nicht weiter in der *Assemblée nationale* in Paris vertreten sein sollten. Wenn grundlegende Verfassungsänderungen auch die Belange der Mitglieder der *Communauté* betreffen würden, hätten diese keine formale Repräsentation im Parlament in Paris mehr, sondern nur noch in den untergeordneten territorialen Parlamenten (vgl. Ansprenger 1961: 273).

Trotz seiner Kritik am Verfassungsentwurf setzte Touré sich, im Gegensatz zu seiner Parteibasis, noch lange für eine Abänderung des Verfassungsentwurfes ein und rief nicht sofort zur Ablehnung auf. Noch im Juli 1958 sprach sich Touré dezidiert für die Assoziation mit Frankreich aus (vgl. Schmidt 2005: 186), und im August 1958 war Touré bei einem interterritorialen Treffen des RDA anwesend, bei dem ein Kommuniqué zur Änderung des Verfassungsentwurfes beschlossen wurde. Das Recht auf Unabhängigkeit – die beiden Föderationen Französisch-Westafrika und Französisch-Äquatorialafrika sollten dementsprechend in der Verfassung festgeschrieben werden – und die Bereiche, in denen die Territorien ihre Souveränität an die *Communauté* abgeben, sollten sich nur auf Verteidigung, Außenpolitik und Währungspolitik beziehen. Das Kommuniqué erwähnte die Möglichkeit einer Ablehnung der *Communauté* nicht. (vgl. Camara 1976: 92).

Im August 1958 reiste Charles de Gaulle durch Afrika, um die Regierungschefs der afrikanischen Territorien zu einem Ja zur *Communauté française* zu bewegen. Während er in Brazzaville und Abidjan mit einer „fanatischen Begeisterung“ („*enthousiasme délirant*“) empfangen wurde, wie de Gaulle (1970: 58-59) in seinen Memoiren behauptet, fiel der Empfang in Conakry weniger freundlich aus:

Im Übrigen nichts, was feindselig oder empörend mir gegenüber ist. Aber vom Flugplatz bis zum Stadtzentrum [...] rief die Menschenmenge auf beiden Seiten der Straße mit vereinter Stimme: „Unabhängigkeit!“ (De Gaulle 1970: 59)

Rien, d'ailleurs, qui soit hostile ni outrageant à mon égard. Mais, depuis l'aérodrome jusqu'au centre de la ville, la foule régulièrement disposée des deux côtés de la route [...] crie d'une seule voix: »Indépendance!« [...].

Während die Bevölkerung Guineas klar gegen die neue Verfassung stimmte, sprach Touré sich bei seiner Rede vor dem guineischen Parlament für die Veränderung des Verfassungsentwurfes aus, nicht aber gegen den Entwurf selbst oder gegen den Beitritt Guineas zur *Communauté* (vgl. Ansprenger 1961: 273-276). Touré betonte die Notwendigkeit, die zukünftigen Beziehungen zwischen Frankreich und seinen Überseegebieten in Würde, Freiheit und ohne Paternalismus zu gestalten. Freiheit sei die Basis, auf der die Assoziation mit Frankreich aufgebaut werden könne (vgl. Camara 1976: 257-259). Er bestand auf dem Recht auf Unabhängigkeit in der Verfassung und hielt fest: „Wir verzichten nicht und werden niemals auf unser legitimes und natürliches Recht auf Unabhängigkeit verzichten.“ („*nous ne renonçons pas et ne renoncerons jamais à notre droit légitime et naturel à l'indépendance [...]*“, Touré, zit. nach Camara 1976: 259).

Weiters forderte er, dass der Verfassungsentwurf die Möglichkeit in Betracht ziehe, dass sich die afrikanischen Territorien, besonders die schon bestehenden föderalen Verbände AOF und AEF zu einer Primärföderation zusammenschließen und so der *Communauté française* beitreten könnten (ebd.: 260). Was Touré in dieser Rede, neben seiner Kritik, auch explizit machte, war sein Wunsch, Teil dieser *Communauté* zu werden:

Zusätzlich zu unseren offenkundigen Interessen, veranlassen uns unser Herz und unsere Vernunft ohne zu zögern dazu die Interdependenz

und die Freiheit in dieser Gemeinschaft zu wählen, anstatt dass wir uns ohne Frankreich und gegen Frankreich definieren. (Touré, zit. nach Camara 1976: 258, im Original kursiv)

Notre cœur, notre raison, en plus de nos intérêts les plus évidents, nous font choisir, sans hésitation, l'interdépendance et la liberté dans cette union, plutôt que de nous définir sans la France et contre la France.

De Gaulles anschließende Rede vor dem guineischen Parlament bewegte sich inhaltlich nicht auf Touré zu – wohl auch deshalb, weil de Gaulle Tourés Rede in harschem Ton als Provokation empfunden hatte (vgl. de Gaulle 1970: 60). Bezugnehmend auf Tourés Brandrede gegen Imperialismus und für die Würde von Afrikaner*innen, entgegnete de Gaulle: „Es gibt in der Tat keinen Grund für Frankreich, bei der Arbeit, die es hier mit den Afrikanern geleistet hat, in irgendeiner Weise zu erröten.“ („il n’y a pas de raison, en effet, pour que la France rougisse, en rien, de l’œuvre qu’elle a accomplie ici avec les Africains“, de Gaulle, zit. nach Camara 1976: 261).

Die *Communauté française* stellte de Gaulle als große Chance einer würdigen Zusammenarbeit dar, die es frei zu ergreifen gelte. Falls ein Territorium sich frei gegen die *Communauté* entscheide, müsse es auch die Konsequenzen tragen:

Diese Communauté, die Frankreich vorschlägt; niemand ist verpflichtet, ihr beizutreten. [...] die Unabhängigkeit steht Guinea zur Verfügung. Guinea kann sie ergreifen, [...] indem es "Nein" zu dem ihm unterbreiteten Gesetzesvorschlag sagt, und in diesem Fall garantiere ich, dass die französische Metropole es nicht behindern wird. Daraus wird sie natürlich ihre Konsequenzen ziehen, aber sie wird keine Hindernisse schaffen [...]. (de Gaulle, zit. nach Camara 1976: 261-262)

Cette Communauté, la France la propose; personne n'est tenu d'y adhérer. [...] l'indépendance est à la disposition de la Guinée. Elle peut la prendre, [...] en disant »NON« à la proposition qui lui est faite et dans ce cas je garantis que la Métropole n'y fera pas obstacle. Elle en tirera, bien sûr, des conséquences mais d'obstacles elle n'en fera pas [...].

Obwohl die Positionen der beiden Politiker unvereinbar schienen, hatte de Gaulle vor seiner Reise zwei Änderungen des Verfassungstextes

zugestimmt. Zum einen sollte ergänzt werden, dass die Mitglieder der *Communauté* auch nach dem Referendum jederzeit das Recht auf Unabhängigkeit ohne Repressionen haben sollten. Zum anderen sollte ergänzt werden, dass Staaten der *Communauté française* einzeln, aber auch als Föderationen beitreten können, auch wenn diese Föderationen keine eigenen Institutionen erhalten würden (vgl. Schmidt 2005: 187). Diese Veränderungen kamen den von Touré geforderten Reformen sehr nahe, allerdings konnte dennoch keine Einigung erzielt werden.

Anfang September hatte es ein interterritoriales RDA-Treffen gegeben, bei dem die territorialen Ableger des RDA sich auf ein Ja zum Referendum als offizielle Parteilinie verständigten, unter ihnen Sékou Touré (vgl. Camara 1976: 95). Bei einem Treffen Anfang September mit Studierendenvertreter*innen in Conakry konkretisierte Touré seine Position:

In zehn, fünfzehn, zwanzig Jahren, oder vielleicht viel früher, werden wir, genau wie Sie, die völlige Unabhängigkeit einfordern können. Im Moment klingt das abenteuerlich. (Touré, zit. nach Kaké 1987: 67)

Dans dix, quinze, vingt ans ou peut-être beaucoup plus tôt, nous serons en mesure de revendiquer comme vous l'indépendance totale. Pour le moment cela paraît aventureux.

Sogar noch am 12. September 1958, nur knapp zwei Wochen vor dem Referendum, bei dem Guinea mit Nein abstimmen würde, setzte sich Touré immer noch für ein Ja zu einem reformierten Verfassungstext ein:

Wir möchten klarstellen, dass eine Sezession nicht unser Wille sein wird. Seit wir jedoch unsere Uneinigkeit in Bezug auf das Verfassungsprojekt zum Ausdruck gebracht haben, wird unsere Position unter dem Aspekt der Sezession interpretiert. (Touré 1959: 148)

Nous tenons à préciser que la sécession ne sera pas le fait de notre volonté. Pourtant, depuis nous avons manifesté notre désaccord sur le projet constitutionnel, c'est sous l'aspect de la sécession qu'est interprétée notre position.

Weiters führte Touré noch aus, dass diese Fehlinterpretation bewusst durch die politischen Gegner vorangetrieben werde, um der Partei zu schaden (Touré 1959: 148).

Das erste Mal, dass Touré sich nachweislich vehement für ein Nein zur Verfassung zur 5. Republik Frankreichs und damit gegen die *Communauté française* aussprach, war am 14. September 1958. Die Entscheidung, sich für ein Nein einzusetzen, traf Touré wohl erst an diesem Tag – auf dem nationalen PDG-Kongress, bei dem rund 680 PDG-Delegierte über das Referendum debattieren sollten. Während linke Teile des PDG, darunter die Frauenorganisationen und die PDG-Vorfeldorganisationen, wie die Lehrer*innengewerkschaft, stark für ein Nein eintraten, war auch eine Delegation mit RDA-Mitgliedern anwesend, die Sékou Touré auf das Ja einschwören wollten (vgl. Schmidt 2005: 189). Auf dem Kongress dominierten die linken Stimmen des PDG, die ihrer Meinung lautstark mit Nein-Rufen Ausdruck verliehen, als Sékou Touré den Raum betrat. Ein damals anwesender Kader erinnert sich in einem Interview mit Elizabeth Schmidt an diesen Moment: „The people cried ‚NO, NO, NO, NO, NO, NO!’ There we were. He saw that the atmosphere was for the ‚No’. It was at this moment that he changed sides.“ (Barry zit. nach Schmidt 2005:190).

Auch wenn es kaum möglich ist, mit letzter Sicherheit festzustellen, wann und warum genau Touré sich für das Nein entschieden hat, bleibt festzuhalten, dass Touré im Juli, August und sogar noch Anfang September 1958 mehr oder weniger deutlich für den Verbleib in der *Communauté* auf Basis eines veränderten Verfassungstextes argumentierte, während er sich erst bei seiner Rede anlässlich des nationalen PDG-Kongress am 14. September zum ersten Mal in unzweifelhafter Deutlichkeit für das Nein im Referendum aussprach:

Wir werden daher mit “NEIN” gegen eine Communauté stimmen, die nur die umgetaufte Union Française ist, von der bloß die Bezeichnung geändert wurde, deren Etikett geändert wurde, wir werden mit NEIN gegen Ungleichheit stimmen, wir werden mit NEIN gegen Verantwortungslosigkeit stimmen. Ab dem 29. [September] werden wir ein unabhängiges Land sein. (Touré 1959: 180)

Non voterons donc »NON« à une Communauté qui n’est que l’Union Française rebaptisée dont on a changé l’étiquette, nous voterons « NON » à

l'inégalité, nous voterons »NON« à la irresponsabilité. A partir du 29, nous serons un pays indépendant.

Frankreich reagierte auf den negativen Referendumsentscheid mit einem kühlen Kommuniqué, das den guineischen Behörden am 29. September 1958 übermittelt wurde. In diesem teilte Frankreich dem nun unabhängigen Staat mit, dass er politisch von den anderen Territorien des ehemaligen Französisch-Westafrika getrennt war, und dass Guinea nun keinen Anspruch mehr auf eine Vertretung innerhalb französischer Institutionen oder auf finanzielle Unterstützung durch Frankreich habe (vgl. Touré 1959: 193).

Interessant ist, wie rasch und heftig Touré nun jene Politiker stark kritisierte, die sich für ein Ja eingesetzt hatten, obwohl er selbst ebenfalls lange für ein Ja zum Referendum eingetreten war. Akteure wie Houphouët-Boigny waren, so Touré in expressiver Deutlichkeit, aktiv mit dem Kampf für die Unterdrückung Afrikas befasst und in dieser Weise Verbündete des kolonialen Regimes (vgl. Touré 1959: 212). Guinea war ihm, im Vergleich dazu, ein Schlaglicht des antikolonialen Widerstandes, das „im Namen ganz Afrikas die Fackel der Freiheit“ („*au nom de l'Afrique entière le flambeau de la liberté*“) entzündet habe (Touré 1959: 211). Der PDG löste im Oktober 1958 seine Verbindungen zu den anderen territorialen Organisationen des RDA auf – mit der Begründung, diese hätten die antikolonialen Ideale der Bewegung verraten (vgl. Du Bois 1970: 196-197).

Conclusio

Die antikoloniale nationalistische Bewegung in Guinea, die ab dem Ende der 1940er Jahre vor allem durch den PDG verkörpert wurde, kann nicht auf Sékou Touré reduziert werden. Ihn als den starken Mann der Politik zu sehen, der im Alleingang und in einem Top-Down-Prozess seine Entscheidungen (bzw. jene der politischen Eliten) an aufnahme- und umsetzungswillige Massen durchgereicht habe, verkennt die durchwegs komplexen realen Verhältnisse im spätkolonialen Guinea. Doch es entspricht einem Bild, an dem Touré selbst maßgeblich mitgezeichnet hat.

Dissens zwischen Sékou Touré und der Basis wird an vielen Stellen im PDG sichtbar. Diese Spannung konnte mitunter konstruktiv als Motor für Veränderung dienen, indem Touré auf den Kurs der Basis einschwenkte,

wie bei der Gesetzesinitiative zur Abschaffung der *Chefferie*. Als Touré jedoch die von der interterritorialen RDA angestoßene Loslösung vom PCF vollzog, stimmten viele Parteimitglieder nicht zu. Diese Bruchlinie ist auch daran zu erkennen, dass zwar der PDG keine Verbindungen mehr mit dem PCF unterhielt, die guineische Arbeiter*innenbewegung aber bis 1956 mit der kommunistisch ausgerichteten Gewerkschaft CGT affiliert war. Touré veränderte seine Position den Gewerkschaften gegenüber drastisch: Konnten 1953 durch die enge Verbindung zwischen der Arbeiter*innenbewegung und der Partei und durch Touré selbst signifikante Lohnerhöhungen erreicht werden, rückten Forderungen der Arbeiter*innenbewegung in den Jahren unmittelbar vor der Unabhängigkeit mehr und mehr in den Hintergrund.

Das wohl eindrücklichste Beispiel für einen Dissens zwischen Touré und der Parteibasis ist die unterschiedliche Auffassung davon, wer Teil der nationalistischen Bewegung ist, wer zu ihr gehört und wer nicht. Während Touré ein Bild uneingeschränkter, klassenloser Solidarität der guineischen Gesellschaft zeichnete, das nur aufgrund »fremder« kolonialer Einwirkungen Risse aufwies, verübte die Parteibasis in den Jahren vor der Unabhängigkeit politische Gewalt und Einschüchterung gegen die politischen Gegner*innen im Land – die Touré als kolonial manipuliert bezeichnete. Die fortgesetzte Rhetorik Tourés, den inklusiven Charakter der Partei zu beschwören, während er einheimische politische Gegner gleichzeitig zu »Fremden« erklärte – zu »Entfremdeten« –, konnte die Risse, die durch die Gesellschaft Guineas gingen, nicht kitten.

Die Vorgänge um die Abschaffung der *Chefferie* zeigen zwei Phänomene eindeutig: zum einen, dass die Führung des PDG das Thema der *Chefferie* erst aufnahm, als der Protest gegen diese auf dem Land schon sehr stark artikuliert wurde. Zum anderen zeigen die Aussagen Tourés anlässlich der Konferenz der *Commandants de Cercle*, dass diese Initiative eine Chance war, die Macht der Partei als vermeintlich legitime Nachfolgerin der *Chefferie* auszubauen und auf die Sphäre staatlicher Macht zu erweitern. Die Tatsache, dass die demokratisch gewählten Dorfräte PDG-Räten gleichkamen, verdeutlicht, dass die Parteistrukturen der Basis unerlässlich für die Parteispitze waren, um diese neu erhaltene staatliche Macht nutzen zu können.

Auch beim Referendum 1958 sprang Touré auf den Zug der Parteibasis auf, allerdings nicht beim Agenda Setting, sondern in der Weise, dass er seine

Position wechselte. Vertrat er von Juli bis Anfang September noch die Position, dass das Referendum in reformierter Form angenommen werden sollte, forderte eine Union aus linken Gewerkschafter*innen, Studierenden und vieler lokaler Sektionen das Nein zum Referendum. In der Debatte um das Referendum führten der Dissens über die Position und der starke Druck der Basis schlussendlich zu einer Verschiebung der Position Tourés und der Parteispitze. Es scheint deshalb zielführend, sich die Unabhängigkeitswerdung Guineas nicht so sehr im Sinn eines klar kommunizierten Top-Down-Prozesses vorzustellen als vielmehr in einer Bottom-Up-Perspektive anzuschauen.

Bibliographie

- Andrain, Charles F. (1964): Guinea and Senegal: Contrasting Types of African Socialism. In: Friedland, William H./ Rosenberg Jr., Carl G. (Hg.): *African Socialism*. Stanford: Hoover Institution Publications, 160-174.
- Ansprenger, Franz (1961): *Politik im Schwarzen Afrika. Die modernen politischen Bewegungen im Afrika französischer Prägung*. Cologne, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Balandier, Georges (1951): La situation coloniale. Approche théorique. In: *Cahiers Internationaux de Sociologie* 11: 44-79.
- Berg, Elliot J. / Butler, Jeffrey (³1970 [1964]): Trade Unions. In: Coleman, James Samuel / Rosberg, Carl G. (Hg.): *Political Parties and National Integration in Tropical Africa*. Berkeley, Los Angeles, London: University of California Press, 340-381.
- Brot, Michel (1999): Did the Popular Front Have Any Significant Impact in Guinée? In: Chafer, Tony / Sackur, Amanda (Hg.): *French Colonial Empire and the Popular Front. Hope and Disillusion*. Basingstoke u.a.: Macmillan Press, 188-203.
- Camara, Mohamed Saliou (2014): *Political History of Guinea since World War Two*. New York u.a.: Peter Lang.
- Camara, Sylvain Soriba (1976): *La Guinée sans la France*. Paris: Presses de la Fondation Nationale des Sciences Politiques.
- Chabal, Pascal (2009): *Africa. The Politics of Suffering and Smiling*. London, New York: Zed Books/ Pietermaritzburg: University of KwaZulu-Natal Press.
- Cooper, Frederick (1996): *Decolonization and African Society. The Labor Question in French and British Africa*. Cambridge: Cambridge University Press.
- (2002): *Africa since 1940. The Past of the Present*. Cambridge: Cambridge University Press.
- (2009): From Imperial Inclusion to Republican Exclusion? France's Ambiguous Postwar Trajectory. In: Tshimanga, Charles/ Gondola, Didier/ Bloom, Peter J. (Hg.): *Frenchness and the African Diaspora. Identity and Uprising in Contemporary France*. Bloomington and Indianapolis: Indiana University Press, 91-119.
- (2019): *Africa since 1940. The Past of the Present* (Zweite, aktualisierte Auflage). Cambridge: Cambridge University Press.

- Crowder, Michael (1967): *Senegal. A Study of French Assimilation Policy*. London: Methuen & Co Ltd.
- (1976 [1968]): *West Africa under Colonial Rule*. London: Hutchinson/ Benin City: Ethiope Publishing Company.
- Dave, Nomi (2009): Une Nouvelle Révolution permanente: The Making of African Modernity in Sékou Touré's Guinea. In: *Forum for Modern Language Studies* 45/4: 455-471.
- De Benoist, Joseph-Roger (1983): *L'Afrique occidentale française de la conférence de Brazzaville (1944) à l'indépendance (1960)*. Dakar: Nouvelles Éditions Africaines.
- De Gaulle, Charles (1970): *Mémoires d'Espoir. Le renouveau 1958-1962*. Paris: Plon.
- Du Bois, Victor D. (1970 [1964]): Guinea. In: Coleman, James Samuel/ Rosberg, Carl G. (Hg.): *Political Parties and National Integration in Tropical Africa*. Berkeley, Los Angeles, London: University of California Press, 186-215.
- Foltz, William J. (1965): *From French West Africa to the Mali Federation*. New Haven, London: Yale University Press.
- Genova, James E. (2004): Constructing Identity in Post-War France: Citizenship, Nationality, and the Lamine Guèye Law, 1946-1953. In: *The International History Review* 26/1: 56-79.
- Johnson, R.W. (1970): Sékou Touré and the Guinean Revolution. In: *African Affairs* 69/277: 350-365.
- Kaba, Lansiné (1977): Guinean Politics: A Critical Historical Overview. In: *The Journal of Modern African Studies* 15/1: 25-45.
- Kaké, Ibrahima Baba (1987): *Sékou Touré: le héros et le tyran*. (Collection destins n°3) Paris: Jeune Afrique Livres.
- Lewin, André (2009a): *Ahmed Sékou Touré (1922-1984). Président de la Guinée de 1958 à 1984. Tome 1 (1922-février 1955)*. Paris: L'Harmattan.
- (2009b): *Ahmed Sékou Touré (1922-1984). Président de la Guinée de 1958 à 1984. Tome 2 (1956-1958)*. Paris: L'Harmattan.
- Pauthier, Céline (2013): L'héritage controversé de Sékou Touré, « héros » de l'indépendance. In: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire* 118: 31-44.
- Schachter Morgenthau, Ruth (1964): *Political Parties in French-speaking West Africa*. Oxford: Clarendon Press.
- Schmidt, Elizabeth (2005): *Mobilizing the Masses: Gender, Ethnicity, and Class in the Nationalist Movement in Guinea, 1939-1958*. Portsmouth: Heinemann.
- (2007): Cold War in Guinea: The Rassemblement Démocratique Africain and the Struggle over Communism, 1950-1958. In: *The Journal of African History* 48/1: 95-121.
- (2009): Anticolonial Nationalism in French West Africa: What Made Guinea Unique? In: *African Studies Review* 52/2: 1-34.
- Shipway, Martin (1999): Reformism and the French 'Official Mind': The 1944 Brazzaville Conference and the Legacy of the Popular Front. In: Chafer, Tony/ Sackur, Amanda (Hg.): *French Colonial Empire and the Popular Front. Hope and Disillusion*. Basingstoke u.a.: Macmillan Press, 131-155.

- Simonis, Francis (2009): L'administration coloniale. In: Cauchy, Pascal/ Combeau, Yvan/ Sirinelli, Jean-François (Hg.): *La Quatrième République et l'Outre-mer français. Actes du colloque tenu au Centre d'histoire de Science Po les 29 et 30 novembre 2007*. Paris: Publications de la Société française d'histoire d'outre-mer, 85-99.
- Suret-Canale, Jean (1970): *La République de Guinée*. Paris: Éditions Sociales.
- Touré, Ahmed Sékou (1958): *Guinée. Prélude à l'Indépendance*. Paris: Présence Africaine.
- (1959): *L'Expérience Guinéenne et l'Unité Africaine*. Paris: Présence Africaine.
- (1960): *La Lutte du Parti Démocratique de Guinée pour l'Émancipation Africaine*. Nationalkonferenz, Kissidougou: Tome VI.
- (1962a): Africa's future and the world. In: *Foreign Affairs* 41/1: 141-151.
- (1962b): *The Doctrine and Methods of the Democratic Party of Guinea*. Part 1. Kairo [?]: [o.V].
- Wallerstein, Immanuel (1965): 'Elites in French-Speaking West Africa'. The Social Basis of Ideas. In: *The Journal of Modern African Studies* 3/1: 1-33.